

Pressemeldung des VDR vom 22.06.2017

Nach Abwahl einer verfehlten Bildungspolitik in NRW und Schleswig-Holstein müssen künftig Realschulen und differenzierte Bildungswege gestärkt werden

VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm: „Neu gewählte Koalitionen in der Pflicht, Bildungsniveau und -qualität zu optimieren“

Mit Blick auf die abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen der künftigen Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein betont VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm, dass mit dem Regierungswechsel die Zeit gekommen sei, einer ideologisch geprägten Schul- und Bildungspolitik in einzelnen Bundesländern endgültig den Rücken zu kehren und sich mit realistischen, auf die individuellen Bedürfnisse sämtlicher Schüler eingehenden Bildungswegen zu beschäftigen. „Die mit der Regierungsbildung beauftragten Parteien in beiden Bundesländern sind nun gefragt, sich klar zu den differenzierten Bildungswegen zu bekennen und gerade die Realschulbildungsgänge umfassend zu stärken. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, wie fatal es für die Jugendlichen und das Leistungsniveau ist, sich von bewährten Bildungswegen abzuwenden und ideologischen Wunschträumen nach dem ‚Abi-light für alle‘ hinterher zu jagen. Es darf künftig nicht nur um Abiturquoten und das Hochschulstudium gehen, sondern gerade um die Stärkung hochwertiger mittlerer Bildungswege und die Wertschätzung der beruflichen Bildung. Die Zukunft liegt eben nicht nur in der Frage nach ‚G8 oder G9‘, sondern darin, wie der Übergang der jungen Menschen in ein erfolgreiches Berufsleben erfolgt“, hebt Böhm hervor.

CDU und FDP in NRW kündigen an, die „Aufbruchstimmung“ nach der Landtagswahl für eine „Aufholjagd“ nutzen zu wollen. Laut Koalitionsvertrag bedeutet dies unter anderem, die „Gleichbehandlung aller Schulformen“ wiederherzustellen und die „Benachteiligung von Realschulen“ zu beenden. Außerdem soll an den Realschulen die „Berufsorientierung durch eine Überarbeitung der Lehrpläne im Sinne der Neigungsdifferenzierung“ gestärkt werden. Eine 105-prozentige Lehrerversorgung an allen Schularten wird angestrebt, ebenso sollen die Lehrkräfte gleichermaßen unterstützt wie entlastet werden. Hinzu kommt ein stärkerer Fokus auf die Fachlichkeit und Fachdidaktik in den Fächern.

Böhm reagiert erfreut auf diese Ankündigungen: „Die im Koalitionsvertrag genannten Inhalte sind richtige und wichtige Schritte hin zu einem zukunftsbewussten, auf die Bedürfnisse der Heranwachsenden abgestimmten Bildungssystem.“ Hierzu zähle auch, dass die Digitalisierung an den Schulen laut Koalitionsvertrag vorangetrieben werden soll, beispielsweise indem die Medienkompetenz der Jugendlichen stärker in den Fokus gerückt wird und die Schulen modern und digital ausgestattet werden.

„Es gilt nun, den Ankündigungen Taten folgen zu lassen und aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Zukunftsorientierte Bildungskonzepte und organisatorisch sowie personell gut aufgestellte Schulen spielen eine entscheidende Rolle für die Zukunft unseres Landes. Dabei ist wesentlich, die Qualität der Bildung wieder in den Fokus zu nehmen und sich der Realität in unserer Gesellschaft zu stellen. Wer – wie die ‚Jamaika-Koalition‘ in Schleswig-Holstein – zu wenig Mut zur qualitativen Veränderung in der Bildung aufbringt, muss sich nicht wundern, dass das Land künftig hinter den Anforderungen an moderne Bildung hinterherhinkt“, schließt Böhm.

Pressekontakt: Judith Kadach, 089 55 38 76

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) – Verband der Lehrer und Lehrerinnen an Schulen im Sekundarbereich – ist der Dachverband der ca. 20.000 Mitglieder zählenden Lehrerverbände des Realschulwesens und verwandter Schulformen in den Bundesländern. Er setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung eines vielfältig organisierten Schulwesens in der Sekundarstufe I ein und widmet vor allem der bildungspolitischen Mitte, also den Mittleren Bildungsgängen und Perspektiven sowohl für den beruflichen Einstieg wie auch für studienorientierte Bildungsabschlüsse seine besondere Aufmerksamkeit. Der VDR ist Diskussionsplattform, Sprachrohr und Dienstleister für seine Landesverbände und ihre Mitglieder.